

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Kreistages  
des Landkreises Osterode am Harz in der Wahlperiode 2006/2011  
am 16. November 2009, 15.00 Uhr,  
im Forum der Berufsbildenden Schulen II,  
An der Leege 2 b, 37520 Osterode am Harz,

Anwesend:

Mitglieder des Kreistages

Landrat Bernhard Reuter und  
die Kreistagsabgeordneten

Wilhelm Berner, Osterode am Harz  
Werner Bruchmann, Bad Sachsa  
Wolfgang Dervedde, Osterode am Harz  
Hans-Jürgen Gückel, Herzberg am Harz  
Christa Hartz, Herzberg am Harz  
Hans-Jürgen Hausemann, Bad Sachsa  
Karl-Heinz Hausmann, Osterode am Harz  
Edgar Hopfstock, Wieda  
Manfred Keimburg, Osterode am Harz  
Helga Klages, Osterode am Harz  
- Vorsitzende -  
Rosita Klenner, Walkenried  
Andreas Körner, Bad Lauterberg im Harz  
- stellv. Vorsitzender -  
Henning Kruse, Wulften am Harz  
Barbara Lex, Windhausen  
Klaus Liebig, Bad Sachsa  
Herbert Lohrberg, Eisdorf  
Helga Meyer, Herzberg am Harz  
Herbert Miche, Walkenried

Marianne Niederheide, Osterode am Harz  
Lutz Peters, Herzberg am Harz  
Klaus Posselt, Herzberg am Harz  
Barbara Rien, Bad Lauterberg im Harz  
Eike Röger, Bad Lauterberg im Harz  
Gerd Schirmer, Hattorf am Harz  
Reinhard Schmitz, Herzberg am Harz  
Ulrich Schramke, Herzberg am Harz  
Uwe Schrader, Osterode am Harz  
Frank Seeringer, Osterode am Harz  
Regina Seeringer, Osterode am Harz  
- bis 16.35 Uhr  
Hermann Seifert, Bad Sachsa  
Eberhard Siegler, Osterode am Harz  
Erich Sonnenburg, Badenhausen  
Manfred Thoms, Hattorf am Harz  
Susanne Voigt, Badenhausen  
Günter Wellerdick, Herzberg am Harz  
Karin Wode, Elbingerode  
- ab 15.15 Uhr -

Von der Verwaltung

Erster Kreisrat Gero Geißleiter  
Medizinaldirektorin Dr. Ursula Schaper  
Kreisverwaltungsoberrat Siegfried Pfister  
Kreisoberamtsrat Michael Bührmann  
Gleichstellungsbeauftragte Dagmar Frühling-Eder  
Kreisangestellter Hans-Jürgen Niwek  
Kreisamtmann Jörg Schattenberg - als Protokollführer -

Es fehlen entschuldigt  
die Abgeordneten

Ulrich Kamphenkel, Wieda  
Raymond Rordorf, Osterode am Harz  
Peter Stecher, Bad Sachsa  
Holger Thiesmeyer, Bad Lauterberg im Harz  
Fritz Vokuhl, Bad Lauterberg im Harz  
Walter Zietz, Bad Lauterberg im Harz

Punkt 1:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet um 15.05 Uhr die öffentliche Sitzung des Kreistages. Sie begrüßt die Anwesenden, besonders den Bürgermeister der Stadt Osterode am Harz, Herrn Klaus Becker, die Mitglieder der Personalvertretung der Kreisverwaltung sowie die Vertreter der Presse.

Sodann stellt die Vorsitzende die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2:

Anträge zur Tagesordnung

Der Landrat bittet, im Anschluss an den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung einen Punkt 10 „Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten - nicht öffentlich -“ einzufügen. Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Sodann der stellt Kreistag folgende

T a g e s o r d n u n g

fest:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 21. Sept. 2009
4. Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten

...

5. Abfallwirtschaft;
  - a) Kalkulation der Abfallgebühren 2010
  - b) Vierzehnte Nachtragssatzung zur Abfallsatzung für den Landkreis Osterode am Harz
  - c) Erste Nachtragssatzung zur Abfallgebührensatzung für den Landkreis Osterode am Harz
6. Initiative „Zukunft Harz: Wachstum und Beschäftigung“
7. Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2010
8. Anfragen und Mitteilungen
9. Einwohnerfragestunde

**- nichtöffentliche Sitzung -**

10. Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten

Punkt 3:

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 21. Sept. 2009

Die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 21. Sept. 2009 wird genehmigt.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Punkt 4:

Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten

Nach einer kurzen Einführung übergibt der Landrat das Wort der Leiterin des Gesundheitsamtes, Medizinaldirektorin Dr. Ursula Schaper, die ausführlich zur sog. Schweinegrippe berichtet sowie die derzeitige Situation im Landkreis Osterode am Harz beschreibt und im Anschluss verschiedene Fragen der Kreistagsabgeordneten beantwortet; sie führt u.a. aus:

Nach einem sprunghaften Anstieg der Neuerkrankungen in den letzten Tagen gebe es derzeit 65 bestätigte Fälle. Betroffen seien vor allem junge Menschen, bei denen die Krankheit relativ mild verlaufen sei. Eine Impfung könne neben den allgemeinen hygienischen Maßnahmen vorbeugend sein, jedoch gebe es bisher niemanden, der diese verantwortlich empfehlen oder ablehnen könne. Zu bedenken sei, dass es sich um ein schnell veränderbares Virus handle und die Krankheitsverläufe schwieriger werden könnten, weshalb eine Impfung zu erwägen sei. Besprechen müsse das aber jeder mit seinem Hausarzt.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Punkt 5:

Abfallwirtschaft;

- a) Kalkulation der Abfallgebühren 2010
- b) Vierzehnte Nachtragssatzung zur Abfallsatzung für den Landkreis Osterode am Harz
- c) Erste Nachtragssatzung zur Abfallgebührensatzung für den Landkreis Osterode am Harz

- Drucksache Nr. 211 -

Der Abg. Thoms führt aus, dass über die Kalkulation der Abfallgebühren für 2010 sowie die Vorlagen der geänderten Abfall- und Abfallgebührensatzung zu entscheiden sei. Inhaltlich seien den Satzungsvorlagen wenige, nachvollziehbar erläuterte, Änderungen zu entnehmen. Hervorzuheben sei eine Änderung beim Sperrabfall: die erste Abholung bleibe wie bisher kostenfrei, die zweite werde künftig pauschal 50 € kosten, ab der dritten Abholung werde - auch wie bisher - eine kostendeckende Gebühr erhoben. Die neue Pauschalgebühr für die zweite Abholung decke das Einsammeln und Transportieren, also die Anfahrt, sowie einen Teil der Entsorgungskosten. Sie sei ein erster Einstieg in eine verursachergerechtere Gebühr und ein Resultat aus der parteiübergreifenden Arbeit der Arbeitsgruppe Abfallwirtschaftskonzept. Die Einführung der Pauschalgebühr wurde dort einstimmig als Auftrag an die Verwaltung formuliert. Der Abg. Thoms hoffe deshalb auf eine breite Zustimmung.

Weiter erläutert er, dass die Hausmüllgebühren, die Kleinanlieferergebühren, die Boden- und Bauschuttgebühren stabil bleiben und die anderen Deponiegebühren für Selbstanlieferer sogar sinken werden. Hinsichtlich der Bedeutung für den einzelnen Gebührenzahler verweist er auf die Auswertung eines Wirtschaftsinstitutes, die am 23. Oktober auch im HarzKurier veröffentlicht wurde. Danach betrug die durchschnittliche Belastung eines Vier-Personen-Musterhaushaltes durch Abfallgebühren im Jahr 2008 in Deutschland 300 €, in Niedersachsen 280 € und im Landkreis Osterode am Harz 219 €. Im Jahr 2009 und vorgeschlagen für das Jahr 2010 sei eine durchschnittliche Belastung von rd. 269 €, und damit immer noch unter den Durchschnittswerten des Jahres 2008.

In der Kalkulationsvorlage werde - gleichbleibende Verhältnisse vorausgesetzt - vorsichtig von einer Stabilisierung des Gebührenniveaus gesprochen. Dies zeige, dass die Abfallwirtschaft immer weniger Spielraum zum eigenen Handeln und Gestalten biete. Die großen Kostenbelastungen seien durch nicht selbst beeinflussbare Faktoren bestimmt. In diesem Zusammenhang verweist der Abg. Thoms auf die von der neuen Bundesregierung ins Spiel gebrachte Diskussion zur Besteuerung von Leistungen der Daseinsvorsorge. Dass dies im Wesentlichen auf dem Rücken des Gebührenzahlers ausgetragen und somit zu einer weiteren Mehrbelastung der Bürger führen werde, sei deutlich absehbar.

Die Kreisverwaltung habe mit großem Aufwand und Energie den bescheidenen Rahmen ihrer Optimierungsmöglichkeiten ausgeschöpft und könne eine ausgewogene und positive Kalkulation vorlegen. Für die SPD/FDP-Gruppe kündigt er die Zustimmung zu den Beschlussvorschlägen an.

Der Abg. Schirmer fordert zu einer Versachlichung der Diskussion um das Thema Müll auf. Die CDU-Kreistagsfraktion habe auch keine größeren Beanstandungen zu den vorgelegten Zahlen, da man schließlich an rechtliche und vertragliche Vorgaben gebunden sei. Er kritisiere jedoch die rechtlichen Unwägbarkeiten, die aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Gerichtsverfahren beständen. Weiterhin fühle er sich im Kreisausschuss nicht ausreichend informiert. Er werde der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Der Abg. Seifert führt aus, dass jeder Bürger das Recht habe, eine Satzung gerichtlich überprüfen zu lassen. Es sei aber auch eine Tatsache, dass der Kreistag über die Gebührenhöhe nicht leichtfertig beschließe.

In diesem Sinne äußert sich auch die Abg. Meyer, die darauf hinweist, als Vorsitzende des Ausschusses für Abfall und Bodenschutz auch den Vergleich zu den Nachbarlandkreisen gezogen zu haben.

Es ergibt sich eine Aussprache zur Auslastung und dem Stand der Endabnahme der mechanisch-biologischen Restabfallbehandlungsanlage (MBA) in Deiderode, an der sich die Abg. Meyer, F. Seeringer, Gückel, Peters, Schmitz und Körner sowie der Landrat und KOAR Bührmann beteiligen. Im Ergebnis wird von der Verwaltung erläutert, dass die MBA modular aufgebaut und für eine maximale Abfallmenge von bis zu 133T Mg/a ausgelegt und errichtet wurde. Nach den Prognosen zum Zeitpunkt der Planung war von einer Abfallmenge von jährlich 118T Mg ausgegangen worden, was auch der optimalen Verarbeitungsmenge am Nächsten gekommen wäre. Inzwischen sei aber die Abfallmenge überregional rückläufig. Für den Landkreis Osterode am Harz bedeute dies einen Rückgang auf ca. 20T Mg/a. Diese - im Grunde genommen erfreuliche Entwicklung - führe aber dazu, dass die vorhandenen Fixkosten auf eine geringere Menge umgelegt werden müssen, wodurch ein Anstieg der Kosten pro Mg verursacht wird. Die Anlage sei technisch fertiggestellt und könne 100 % der angelieferten Abfallmengen behandeln. Es fehle lediglich noch die formale Bauabnahme.

Aus der Havarie der MBA erwachsene Folgekosten (z. B. Mehrkosten für die Müllbehandlung in Fremdanlagen oder Zwischenlagerung während des havariebedingten Ausfalls der MBA) gehören möglicherweise nicht zum versicherbaren Risiko. Soweit letztlich ein Differenzbetrag verbleibe, sei dieser ebenfalls über den Gebührenhaushalt zu finanzieren.

Es schließt sich eine kontroverse Aussprache hinsichtlich der in Deiderode verwendeten Technik und des jeweiligen Abstimmungsverhaltens der seinerzeit entscheidenden Fraktionen an, an der sich die Abg. Seifert, Dervedde, Schmitz, Thoms, Peters und Hausemann beteiligen.

Sodann fasst der Kreistag folgenden

Beschluss:

- a) Der Kreistag nimmt die in der Vorlage dargestellte Kalkulation der Abfallgebühren für das Jahr 2010 zustimmend zur Kenntnis.

(Abstimmungsergebnis: 25 Stimmen dafür,  
4 Gegenstimmen und  
8 Stimmenthaltungen)

- b) Der Kreistag beschließt die dieser Vorlage beigefügte Vierzehnte Nachtragsatzung zur Abfallsatzung für den Landkreis Osterode am Harz.

(Abstimmungsergebnis: 32 Stimmen dafür,  
4 Gegenstimmen und  
1 Stimmenthaltung)

- c) Der Kreistag beschließt die dieser Vorlage beigefügte Erste Nachtragsatzung zur Abfallgebührensatzung für den Landkreis Osterode am Harz.

(Abstimmungsergebnis: 22 Stimmen dafür,  
14 Gegenstimmen und  
1 Stimmenthaltung)

Punkt 6:

Initiative „Zukunft Harz: Wachstum und Beschäftigung“

- Drucksache Nr. 255 -

Beschluss:

Der Kreistag nimmt von dem Projekt Kenntnis und ermächtigt den Landrat, in Abstimmung mit dem Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und dem Landkreis Goslar die weiteren notwendigen Schritte einzuleiten. Im Stellenplan 2010 wird für die Projektarbeit eine entsprechende Stelle zur Verfügung gestellt.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Punkt 7:

Einbringung des Haushaltsplanentwurfs  
für das Haushaltsjahr 2010

Der Landrat bringt den Haushaltsplanentwurf 2010 mit einer ausführlichen Rede in den Kreistag ein.

- Die Haushaltsrede ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigelegt. -

Der Entwurf des Haushaltsplans, der Vorbericht einschl. Haushaltssicherungskonzept sowie die Erläuterungen zum Stellenplan werden den Abgeordneten am Schluss der öffentlichen Sitzung überreicht.

Punkt 8:

Anfragen und Mitteilungen

1. Gebietsreform

Die Abg. Meyer fragt, wie der Landrat Fusionsbestrebungen der Landkreise Holzminden und Northeim bewertet.

Der Landrat erläutert, dass die Motive für die angestrebte Fusion für den Landkreis Osterode am Harz keine Rolle spielen würden. Die Landräte Wichmann und Waske hätten im Übrigen im Vorfeld die Kreistage nicht beteiligt und insofern ohne entsprechendes Mandat gehandelt. Er sähe die Gefahr, dass durch unstrukturierte Gespräche zufallsabhängige Ergebnisse erzielt werden. Notwendig sei zunächst eine Prüfung, welche Aufgaben künftig den Kreisen zugeordnet werden sollen. Erst dann sei zu erkennen, ob tatsächlich Fusionen erforderlich seien, um ggf. Aufgaben, die größere Strukturen erfordern, wahrzunehmen. Es gebe schließlich auch Bereiche, die in kleineren Landkreisen günstiger behandelt werden können. Eine Fusion von Landkreisen ziehe deshalb mit hoher Wahrscheinlichkeit auch eine Gemeindereform nach sich. Insgesamt plädiere er für ein strukturiertes Vorgehen.

Punkt 9:

Einwohnerfragestunde

1. Horst-Werner Nilges aus Badenhausen bezieht sich auf die künftig vorgesehene Gebühr für die zweite und dritte Sperrmüllabholung. Er fragt, wie oft die einzelnen Abholungen im Jahr 2009 in Anspruch genommen wurden und ob die Aussage, dass die kostendeckende Gebühr für eine Sperrabfallabholung 103 € betrage, korrekt sei und wie eine Anlage, die erst zu 95 % fertiggestellt sei, unter Vollast betrieben werden könne.

KOAR Bührmann antwortet, dass es im Jahr 2008 ca. 12.000 Abholaufträge für den ersten Termin, davon ca. 750 Aufträge für einen zweiten und wenige Aufträge für einen dritten Termin gegeben habe. Die prognostizierten Kosten für einen Abholauftrag seien auf Basis der Ergebnisse des Jahres 2008 und der Hochrechnungen für 2009 ermittelt worden und betragen 103,78 €.

Herr Nilges führt aus, dass nach der Abfallsatzung ein Abholauftrag 3 m<sup>3</sup> Abfall entspreche. Danach würde die Entsorgung weniger als 35 €/m<sup>3</sup> betragen. Es sei deshalb nicht nachvollziehbar, warum die Gebühren für die Hausmüllabfuhr um ein Mehrfaches höher seien.

KOAR Bührmann erläutert, dass es sich bei der Gebühr für die Sperrabfallabfuhr um eine Durchschnittsgebühr handele, die aufgrund separater Vereinbarung mit dem beauftragten Unternehmen für jeweils eine Abholung ermittelt wurde, während die Gebühren für die Hausmüllabfuhr, die in der Regel vierzehntägliche Abholung des vorhandenen Behältervolumens und die für u.a. den Restabfall vorgeschriebene Vorbehandlung, aber auch sonstige Leistungen, so z. B. die Verwertung des Grünabfalls und die Entsorgung des Sperrabfalls, berücksichtigen müsse. Ein direkter Vergleich ohne nähere Erläuterung sei nicht seriös.

Hinsichtlich der zweiten Teilfrage verweist KOAR Bührmann auf seine Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 5.

2. Herr Nilges fragt, ob das Nieders. Ministerium für Umwelt und Klimaschutz die Qualitätsanforderungen an die Restabfallbehandlung gesenkt habe, damit die MBA überhaupt in der Lage sei, die geforderten Werte zu erreichen.

KOAR Bührmann antwortet, dass in der Tat auf Anregung des Ministeriums bestimmte Grenzwerte - allerdings bundesweit für alle MBA - geändert wurden. Die Betreiber von Verbrennungsanlagen waren darüber nicht erfreut.

3. Klaus-Dieter Tham aus Herzberg am Harz fragt, wer die Kosten für den Rückgang der Abfallmengen aufzubringen habe.

Der Landrat erläutert, dass die Abfallbehandlung kostendeckend aus Gebühren zu finanzieren sei. Wenn die Abfallmenge sinke, müssten die verbleibenden (Fix-) kosten auf die geringere Menge umgelegt und in der Gebührenkalkulation berücksichtigt werden.

Um 17.05 Uhr schließt die Vorsitzende die öffentliche Sitzung des Kreistages.

*gez.*  
*Helga Klages*

Vorsitzende

*gez.*  
*Bernhard Reuter*

Landrat

*gez.*  
*Jörg Schattenberg*

Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung des Kreistages am 14. Dez. 2009.



# Neue Influenza A/H1N1

(„Schweinegrippe“)

GA OHA Nov 2009

## Zeitliche Abfolge

24. April: Berichte aus Mexico über mehrere 100 Fälle mit grippe-ähnlichen Symptomen,

### hohe Letalität

27. April: Erste Fälle in Spanien und UK

11. Juni: WHO Phase 6

GA OHA Nov 2009

## **Der neue Erreger ist eine Rekombination aus genetischen Anteilen von**

- Schwein
- Vogel
- Mensch

GA OHA Nov 2009

## **Besonderheiten dieser Pandemie**

- neues Virus mit schneller Verbreitung
- milde Krankheitsverläufe
- Altersverteilung mit Maximum gesunder 20jähriger

GA OHA Nov 2009

## Was kann man tun?

- Anfängliche Maßnahmen, um die Verbreitung zu bremsen
- Allgemeine Maßnahmen
- Impfung

GA OHA Nov 2009

## Impfung

- Die Impfung gegen die Neue Influenza wird von der Ständigen Impfkommission am Robert-Koch-Institut und den oberen Gesundheitsbehörden des Bundes und der Länder empfohlen
- Jeder kann sich theoretisch impfen lassen; wegen des begrenzten Impfstoffvorrats sind vorrangig bestimmte Personengruppen zu berücksichtigen
- Wer sich impfen lassen möchte, sollte gemeinsam mit seinem Hausarzt eine individuelle Nutzen-Risiko-Analyse durchführen.

GA OHA Nov 2009

Informationen zur Neuen Influenza  
A/H1N1 gibt es hier:

- [www.nlga.niedersachsen.de](http://www.nlga.niedersachsen.de)
- [www.rki.de](http://www.rki.de)
- [www.grippeschutz.niedersachsen.de](http://www.grippeschutz.niedersachsen.de)
- [www.neuegrippe.bund.de](http://www.neuegrippe.bund.de)
- [www.bzqa.de](http://www.bzqa.de)

GA OHA Nov 2009

**Danke**

**für Ihre**

**Aufmerksamkeit!**

GA OHA Nov 2009

**Klug durch die Krise**  
**Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2010**  
**im Kreistag am 16.11.2009 durch Landrat Bernhard Reuter**  
- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

Vor einem Jahr, bei der Einbringung des Haushaltes 2009, hatte ich Sie schon auf eine längere finanzielle Rüttelstrecke im Kreishaushalt ab 2010 eingestimmt. Leider habe ich Recht behalten. Überraschen wird dies niemanden, der das finanzpolitische Umfeld kennt.

Im Haushaltsentwurf des Bundes für 2010 fehlen 86 Mrd. Euro, dabei sind die zusätzlichen Mrd. Mindereinnahmen aufgrund der November-Steuerschätzung ebenso wenig berücksichtigt wie die höheren Fehlbeträge der Bundesagentur für Arbeit. Bei den Ländern sieht es nicht besser aus. Und bei den Kommunen noch schlechter, weil aufgrund der großen Bedeutung der Gewerbesteuer die Einnahmesituation noch konjunkturabhängiger und damit volatiler ist als beim Staat. In Niedersachsen sind die kommunalen Kassenkredite allein in diesem Jahr bereits von 4 auf 4,5 Mrd. Euro gestiegen, ein historischer Negativrekord, und es steht zu befürchten, dass im nächsten Jahr die 5 Mrd.-Schwelle überschritten wird.

Bei diesen Rahmenbedingungen wird es niemanden überraschen, dass auch die Haushaltssituation des Landkreises Osterode am Harz sich erheblich verschlechtern wird. Ich will Sie nicht lange auf die Folter spannen, sondern Ihnen kurz und knapp die wesentlichen Verschlechterungen darstellen und beziffern:

- Der mit Abstand gravierendste Punkt: Die Schlüsselzuweisungen des Landes sinken um fast 5 Mio. Euro. Dies liegt daran, dass sich das Volumen des Finanzausgleiches um etwa 20% von 3 Mrd. Euro auf 2,46 Mrd. Euro verringert. Das Land macht es sich wie eh und je einfach und reicht seine Probleme an die Kommunen weiter.
- Auch die andere große Einnahme, die Kreisumlage ist rückläufig, und zwar um 1,1 Mio. Euro und dies nach einem Einbruch bereits in diesem Jahr um 1,5 Mio. Euro.
- Diese Ertragsverschlechterungen bei den Schlüsselzuweisungen und der Kreisumlage beruhen auf pessimistischen Schätzungen. Klarer werden wir sehen, sobald das Landesamt für Statistik und Kommunikationstechnologie die vorläufigen Grundbeträge bekannt gegeben hat. Mögliche Veränderungen werden in die Haushaltsberatungen der Gremien eingebracht.
- Dieser Verschlechterung bei den beiden wichtigsten Erträgen um insgesamt 6 Mio. Euro sind weitere Verschlechterungen durch höhere Aufwendungen hinzuzurechnen, die wir nicht beeinflussen können, nämlich
  - 2 Mio. Euro mehr bei der Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII gegenüber dem Grundhaushalt 2009 (jedoch 185.900 Euro weniger gegenüber dem 3. Nachtrag),
  - 1,2 Mio. Euro bei der Eingliederungshilfe für Behinderte gegenüber dem Grundhaushalt (900.000 Euro gegenüber dem 3. Nachtrag),
  - 800 T€ bei den Kosten der Unterkunft, also unserem Teil der Leistungen für die Langzeitarbeitslosen nach dem SGB II,
  - und 100 T€ bei der Grundsicherung im Alter nach dem SGB XII,
  - insgesamt also über 4 Mio. Euro unabweisbare Mehrausgaben für soziale Aufgaben, zu denen uns der Gesetzgeber verpflichtet.

2009 hatten wir im Grundhaushalt bereits ein negatives ordentliches Ergebnis von 3,1 Mio. Euro, das sich mit den Nachträgen auf 4,1 Mio. Euro bereits weiter verschlechtert hat. 2010 schlägt die Weltwirtschaftskrise nun unmittelbar in unserem Kreishaushalt durch mit einem ordentlichen Ergebnis von minus 11,3 Mio. Euro.

Diese Verschlechterung um 7,2 Mio. Euro bildet die dramatische Situation nicht einmal vollständig ab. Das Defizit wäre auf 13,2 Mio. Euro angestiegen. Durch den Wegfall der Investitionsbindung der Schlüsselzuweisung werden wir beim ordentlichen Ergebnis um 1,9 Mio. Euro entlastet, dem

steht aber naturgemäß eine entsprechend höhere Verschuldung bei den Investitionskrediten gegenüber; die erste Nettoneuverschuldung seit 2003, wenn vom Haushaltsjahr 2009 wegen der Teilnahme am Konjunkturprogramm II abgesehen wird.

Unter dem Strich bleibt im Finanzhaushalt ein negativer Finanzmittelbestand von 11,8 Mio. Euro, so dass sich die Liquiditätskredite 2010 um diesen Betrag auf ca. 67 Mio. Euro erhöhen werden.

Soweit die wesentlichen Fakten zur Gesamtsituation. Da wir es mit keiner Sonderentwicklung im Landkreis zu tun haben, sondern schlichtweg der allgemeinen Entwicklung folgen, kann ich mir Ausführungen über Krisenursachen und –folgen sparen.

Interessanter sind die Fragen:

Was kann man in einer solchen Situation tun?

Welche Handlungsalternativen bleiben uns?

Tricks, die andere anwenden oder jedenfalls ernsthaft darüber nachdenken oder für die Zukunft nicht ausschließen, wie Verlagerung von Defiziten in Schattenhaushalte oder Sonderfonds, ändern selbstverständlich nichts an der Situation, sondern wirken nur kosmetisch. Anders als der Staat, der sich als Gesetzgeber den Zauberkasten der Manipulation selbst schaffen kann, verfügen die Kommunen über diese Instrumente nicht, ich sage: „glücklicherweise!“ Das zwingt uns jedenfalls zur Ehrlichkeit.

Gestalten könnten wir aber bei der Kreisumlage, und angesichts der eindeutigen Formulierung des § 15 NFAG, nach der sich die Landkreise das fehlende Geld durch die Kreisumlage zu beschaffen haben, muss eine Erhöhung der KU ernsthaft geprüft werden. Das habe ich getan, komme aber zu dem Ergebnis, Ihnen keine Umlageerhöhung vorzuschlagen. Vermutlich werden – Zahlen liegen noch nicht vor – 2009 die Fehlbeträge gegenüber 2008 beim LK wieder stärker gestiegen sein als bei den Gemeinden. Die Steuerkraft der Gemeinden ist nämlich trotz Krise um fast 4,5 Mio. Euro gestiegen; das liegt aber ausschließlich an einer Sonderentwicklung in der Kreisstadt, deren Steuerkraft sich um 9,6 Mio. Euro erhöht hat, was bedeutet, dass die Umlagekraft in den übrigen Gemeinden in der Summe um 5 Mio. Euro zurückgegangen ist.

Abgesehen von der Kreisstadt ist deshalb die Haushaltssituation der Gemeinden genauso schlecht wie die des Landkreises, so dass jedenfalls augenblicklich eine Kreisumlagerhöhung nicht angezeigt ist. Allerdings bleibt die Entwicklung abzuwarten. Sollte sich bei den gemeindlichen Haushaltsentwürfen 2010 abzeichnen, dass die Fehlbeträge in der Summe unter denen des Landkreises liegen, können wir bis Mai 2010 im Rahmen eines Nachtrages eine Erhöhung der KU noch einmal prüfen.

Erneut zeigt sich aber, wie notwendig das Instrument der differenzierten Kreisumlage ist, um der Aufgabe der Ausgleichswirkung des Landkreises nachzukommen. In diesem Jahr entfällt bei nicht einmal 1/3 der Einwohner fast die Hälfte der Steuerkraft auf die Kreisstadt. 2009 dagegen hat die Kreisstadt durch ihren vorübergehenden Einnahmeeinbruch 2008 von den differenzierten Hebesätzen profitiert. Dies zeigt, wie flexibel dieses Instrument auf veränderte Verhältnisse reagiert. Ich bin nach wie vor der Meinung: das einzige, was sich mit Berechtigung an unserer KU-Gestaltung kritisieren ließe, wäre die mit 180 T€ zu geringe Hebelwirkung. Leider sind uns aber durch die Auflage der Kommunalaufsicht, auch bei der Kreisumlage auf die Schlüsselzuweisung durch mindestens den durchschnittlichen Hebesatz alle Einnahmemöglichkeiten für den Landkreis zu nutzen, enge Grenzen gesetzt.

Welche Gestaltungsmöglichkeiten bleiben uns, wenn wir die Einnahmen nicht verbessern können? Bei den Ausgaben sparen. Genau das tun wir. Gegenüber dem ersten Haushaltsentwurf hat es eine verwaltungsinterne Sparrunde gegeben, die immerhin 612 T€ erbracht hat, z.B. durch

- Einsparungen bei der Bauunterhaltung in Höhe von noch vertretbaren 198.300 Euro,
- Konsolidierungsmaßnahmen des Fachbereichs III entlasten den Haushalt 2010 um 273.600 Euro,

- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, u.a. Aus- und Fortbildung werden um 72.900 Euro gekürzt,
- Geschäftsaufwendungen/Gutachten um 67.200 Euro.

Ich will auch erläutern, wo weitergehende Sparmaßnahmen möglich, aber nach meiner Meinung nicht sinnvoll wären:

- Wir könnten jede im nächsten Jahr frei werdende Stelle beim Personal streichen. Man muss aber auch die Folgen kennen. In Teilbereichen würde die Verwaltung selbst ihren Kernaufgaben nicht mehr ausreichend nachkommen können. Sozialleistungen könnten nicht mehr rechtzeitig ausgezahlt werden, Bauanträge nicht zügig bearbeitet werden. Das kann niemand wollen. Was aber an Personalabbau zu verantworten ist, das erfolgt auch. So wird z.B. die Zusammenlegung von Abteilungen in den Fachbereichen III und IV zu Personalkosteneinsparungen führen. Auch die Veränderungen beim Kreisarchiv nutzen wir. Rechnet man durch höhere Einnahmen finanzierte Stellen z.B. für unsere Museen, für das Jobcenter oder für Projekte heraus, so wird der seit vielen Jahren bestehende Kurs des gleichermaßen verantwortbaren wie sozialverträglichen Personalabbaus auch 2010 fortgesetzt.
- Wir könnten Projekte wie Region des Lernens, Sozialarbeiter an den Hauptschulen, NIKO (Niedersächsisches Kooperations- und Bildungsprojekt), Kinderservicebüro und andere Jugendhilfe-Projekte, Seniorenservicebüro und Fachberatung Altenhilfe sowie Pflegestützpunkt beenden. Allerdings würden wir auch Einnahmen verlieren, weil die Personalkosten ganz oder teilweise von Dritten übernommen werden. Vor allem aber ist zu bedenken, dass wir diese Projekte initiiert haben, weil sie nach den strategischen Oberzielen für die Zukunftsfähigkeit unseres LK von nahezu existenzieller Bedeutung sind. Sparen wäre hier kurzsichtig, mittel- und langfristig würde der Schaden den Nutzen übertreffen.
- Genauso kurzsichtig wäre es, die Bauunterhaltung oder die Investitionen bei den Schulen zu reduzieren. Konsequenz wäre, dass wir Ausgaben in die Zukunft schieben, die dann auch noch höher wären, ganz davon abgesehen, dass wir unseren strategischen Oberzielen zuwider handeln würden.
- Nur scheinbar würden wir konsolidieren, wenn wir wieder einen strikten Sparkurs bei den Kreisstraßen führen. Verschuldung entsteht eben nicht nur durch Kreditaufnahme, sondern auch durch unterlassene Unterhaltungsmaßnahmen. In der doppelstrukturierten Struktur des Haushaltes wird dies ja jetzt auch deutlich bei der Nettoposition, sprich dem ausgewiesenen Eigenkapital.
- Sparen ließe sich theoretisch auch bei den Schulbudgets und bei der Schülerbeförderung. Ich kenne aber niemanden, der dies angesichts der allgemein erkannten Bedeutung von Bildungsinvestitionen für die Zukunftsfähigkeit einer Region ernsthaft fordert.
- Bei den freiwilligen Leistungen sind wir schon traditionell sehr bescheiden. Dass sie 2010 erheblich steigen, liegt im Wesentlichen daran, dass als Folge des NKR die im letzten Jahr und in diesem Jahr ausgezahlten Investitionshilfen der Wirtschaftsförderung für unsere Betriebe im Rahmen des RTB der Abschreibung unterliegen. Hinzu kommen kleinere zusätzliche Beträge, wie der Mitgliedsbeitrag des HVV aufgrund unseres Wiedereintrittes, der ja auch von allen gewollt ist.

Ich bin sehr gespannt, ob es in diesem Jahr zu konkreten Sparvorschlägen kommt, die über meine hinausgehen. Allgemeine Appelle, durch mehr IKZ und Bündelung von Verwaltungsleistungen Stellen einzusparen, nützen wenig, zumal der Widerstand nicht aus der Kreisverwaltung, sondern aus den Stadtverwaltungen kommt.

Erneut ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Die Annahme, 2010 von dieser Verpflichtung befreit zu sein, hat die Finanz- und Wirtschaftskrise zunichte gemacht, und zwar nachhaltig, denn im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum bis 2013 wird es keine Überschüsse geben.

Das Haushaltskonsolidierungskonzept weist ein Einsparvolumen von 2,35 Mio. Euro nach. Es ist im Haushalt 2010 bereits berücksichtigt. Im Vergleich zum Konzept dieses Jahres ergibt sich eine Erhöhung von weniger als 20.000 Euro, weil einige große Maßnahmen aus dem sozialen Bereich nicht zur Umsetzung gelangt sind oder andere Maßnahmen mit Ablauf dieses Kalenderjahres auslaufen. Gleichwohl konnten diese ausfallenden Beträge durch neues von den Fachbereichen geplantes Konsolidierungspotenzial von 833.145 Euro aufgefangen werden. Darin enthalten sind ca. 113.000 Euro Einsparungen durch Stellenstreichungen.

Ich bin für weitergehende Konsolidierungsvorschläge offen, wenn sie denn sinnvoll und umsetzbar sind. Aber eines muss auch jedem klar sein: Eine Gesundung der Kreisfinanzen ist ganz sicher nicht durch Konsolidierung zu erreichen. Dazu sind die Konsolidierungspotenziale im Verhältnis zu der in den vergangenen Haushaltsjahren erfolgten Unterfinanzierung viel zu gering. Selbst wenn wir auf freiwillige Ausgaben komplett verzichten, selbst wenn wir frei werdende Stellen komplett nicht wieder besetzen würden, an dem Defizit in zweistelliger Millionenhöhe würde sich nichts ändern.“

Konsolidieren ließe sich unser Haushalt nur über höhere Einnahmen oder über eine drastische Reduzierung unserer Pflichtaufgaben im sozialen Bereich.

Anrede

Es ist kein schöner Haushalt, den wir zu beraten und am Ende zu verabschieden haben. Einige positive Aspekte, vor allem im investiven Bereich, sollten aber dennoch nicht übersehen werden:

- Die wichtigen und großen Investitionen des Konjunkturpakets II in Ganztageseinrichtungen der Schulen und in energetische Sanierung gehen 2010 weiter, sind aber schon mit dem Haushalt 2009 komplett finanziert, so dass das tatsächliche Investitionsvolumen viel größer ist als es nach dem Investitionsplan für 2010 scheint.
- Über das KP II hinaus erfolgen zusätzliche Investitionen an den Schulen in Höhe von knapp 1,7 Mio. Euro. Auch hierbei spielen energetische Maßnahmen eine große Rolle, z.B. am Gymnasium in Herzberg, an der Wartbergschule in Osterode, an der Lutterbergschule in Bad Lauterberg. Die Ausstattungsinvestitionen bei den Schulen erfolgen auf konstant hohem Niveau.
- Auch das Sanierungsprogramm für die Kreisstraßen wird weiter geführt.
- Schließlich halten wir an den Investitionshilfen für kleine und mittlere Betriebe, dem sog. RTB, fest, das ja bekanntlich je zur Hälfte aus EU-Mitteln und Landkreismitteln finanziert wird. Wenn nach dem Ende der Weltwirtschaftskrise der Aufschwung kommt, dann müssen unsere Betriebe zu Investitionen fähig sein, um vom beginnenden Wirtschaftswachstum profitieren zu können. Augenblicklich ist die Nachfrage nach RTB-Hilfen noch geringer als 2008, das kann sich aber schnell ändern und darauf sollten wir vorbereitet sein.



Wichtiger als diese Einzelaspekte ist aber, in den großen Linien des Haushaltes weiterhin klug auf die Krise zu reagieren.

Sparen in der Krise ist der falsche Weg, das dürfte zum parteiübergreifenden Konsens gehören und das gutem Grund. Im ersten Halbjahr 2009 legten die privaten Haushalte per Saldo rund 87 Mrd. Euro auf die hohe Kante, Geld, das der Wirtschaft für Investitionen zur Verfügung stehen könnte. Die hat aber nur 2 Mrd. Euro investiert. Ein Stillstand der Wirtschaft konnte nur dadurch verhindert werden, dass der Staat sich bei seinen Bürgern 82 Mrd. lieh, und zwar für Investitionen, aber auch für Sozialleistungen, die nicht gerade dann zurückgefahren werden dürfen, wenn die Menschen sie am nötigsten brauchen. Aber bitte nicht übersehen – es sind geliehen Milliarden, die nach der Krise vernünftigerweise so schnell wie möglich zurückgezahlt werden sollten. Antizyklische Politik funktioniert auf Dauer nur, wenn alle Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – nach der Krise entschlossen auf den Konsolidierungspfad zurückgeführt werden.

Was volkswirtschaftlich richtig und sinnvoll ist, ist regionalwirtschaftlich geradezu zwingend. Auf keinen Fall dürfen wir die großen Herausforderungen, vor denen unser Landkreis in den nächsten Jahren stehen wird, nicht durch kleinkarierte und kurzsichtige Sparpolitik aus dem Blick verlieren. Diese Herausforderungen ergeben sich vor allem aus der demografischen Entwicklung und aus deren ökonomischen und sozialen Folgen. Die Zahl der Schulabgänger wird drastisch zurückgehen, die Zahl der Neurentner genauso drastisch steigen. Weil das im Grundsatz sich überall in Deutschland so entwickelt, stehen wir vor einem scharfen Wettbewerb der Betriebe und Regionen um Fachkräfte, nicht nur um die sogenannten klügsten Köpfe, sondern um ganz normal Qualifizierte. Fachkräfte von außen zu gewinnen, ist aber viel schwieriger und teurer als eigene zu qualifizieren und hier zu halten. Deshalb kommt es auf Themen wie frühe Berufsorientierung, enge Kooperation zwischen Schulen und Betrieben, Senkung der Abbrecherquote, frühe Förderung benachteiligter Kinder an.

Mittel, die wir für diese Projekte ausgeben, sind - auch wenn sie haushaltsrechtlich als konsumtiv gelten - in Wahrheit Zukunftsinvestitionen. Und zwar doppelt: einmal als Voraussetzung für zukünftige Wertschöpfung und Steuereinnahmen, zum anderen präventiv, um künftige Sozialausgaben vermeiden zu können.

Deshalb haben unsere Bildungsprojekte genauso wie die familienpolitischen Vorrang vor jeder Konsolidierungsüberlegung. Eine solide Haushaltspolitik ist richtig, sie ist aber nicht alles. „Klug durch die Krise“ bedeutet deshalb:

1. unsere strategischen Ziele weiter zu verfolgen.
2. unsere Kernaufgabe, denen zu helfen, die der Unterstützung bedürfen, nicht gerade dann einzuschränken, wenn krisenbedingt mehr Menschen unsere Hilfe brauchen.
3. und dennoch die Chance offenzuhalten, so schnell wie möglich wieder auf den Konsolidierungspfad zurückzukehren.

Meine grundlegenden Ausführungen vor einem Jahr zu diesen drei großen Linien sind genauso aktuell und bedürfen nach meiner Auffassung keiner Korrektur.

Meine Damen und Herren,

leicht ist es nicht, Wege aus der Krise aufzuzeigen. Eines ist aber sicher: Mit einer mutlosen, nur auf Sparen angelegten Haushaltspolitik geht es ganz sicher nicht. Wir haben aber gute Chancen auf Erfolg, wenn zwei Entwicklungen zusammen kommen:

Wir müssen durch konsequente Umsetzung unserer strategischen Ziele die Türen für eine Wende zum Besseren offen halten.

Bund und Land müssen endlich ihren Verpflichtungen gegenüber den Kommunen nachkommen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.